



Versorgungssicherheit stärken – Abhängigkeiten reduzieren

Es gilt, die deutsche Energieversorgung auf robustere Säulen zu stellen. Dazu reduziert die Bundesregierung Schritt für Schritt die Abhängigkeit von Importen aus Russland und von fossilen Energien insgesamt. Wichtigster Schlüssel für Energie-Souveränität ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien, er ist eine Frage der nationalen und europäischen Sicherheit.

Die Versorgungssicherheit ist aktuell gewährleistet; die Bundesregierung setzt alles daran, dass dies so bleibt. Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine und der möglichen Auswirkungen des Kriegs auf die Europäische Union stärkt sie im Energiebereich daher die Krisenvorsorge. Sie reduziert die Abhängigkeit von fossilen Importen aus Russland. Zudem treibt sie den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren voran. Dieser ist zentral, um insgesamt die Importabhängigkeit von fossilen Rohstoffen zu überwinden und Energiesouveränität zu gewinnen.

Hier ein Überblick über die bislang ergriffenen Maßnahmen, weitere werden derzeit vorbereitet.

1. Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen- Umfassende EEG-Novelle und Windenergie- auf-See-Gesetz Novelle für Osterpaket vorbereitet

Im Rahmen des Sofortprogramms („Osterpaket“) soll eine umfassende EEG-Novelle im Kabinett beschlossen werden. Es wird die größte Beschleunigungsnovelle des EEG seit dem Beschluss des Gesetzes im Jahr 2000. Darüber hinaus wird das Windenergie-auf-See-Gesetz novelliert, das den Ausbau der Offshore Windkraft beschleunigen wird. Zudem wird mit dem EEG-Entlastungsgesetz entsprechend der Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 23. Februar 2022 die EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 auf Null abgesenkt. Die Beschleunigung der Energiewende ist dabei auch eine Frage der nationalen und europäischen Sicherheit. Derzeit prüft die Bundesregierung, wie sich das Tempo noch weiter erhöhen lässt.

2. Wasserstoffhochlauf vorantreiben

Parallel zum Ausbau der Erneuerbaren Energien forciert das BMWK intensiv den Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur und der Wasserstoffproduktion. Wir wollen hier bestehende Wasserstoffpartnerschaften ausbauen und neue Partnerschaften mit weiteren Ländern schließen, Gespräche dazu laufen. Ein wichtiges Anreizinstrument dabei ist das Doppelauktionsmodell H2Global, für das das BMWK 900 Millionen Euro bewilligt hat.

Idee des Doppelauktionsmodell ist es Wasserstoff auf dem Weltmarkt zum günstigsten Preis zu kaufen und ihn hier meistbietende zu verkaufen. Hiermit soll der internationale Markthochlauf Wasserstoff vorangetrieben werden.

3. Kurzfristige Sicherung der Gas-Speicherstände durch sog. Long Term Options

Um die Gasversorgung sicherzustellen, nutzt die Bundesregierung die bestehenden Instrumente und erweitert diese. Bisher gibt es schon die sogenannte Long Term Options (LTOs). Damit können zusätzliche Kapazitäten am Markt beschafft werden, um die Speicherstände zu stabilisieren. Long Term Options sind Sonderausschreibungen, die in Absprache zwischen BMWK, Bundesnetzagentur und Marktgebietsverantwortlichen durchgeführt werden, um zusätzliche Kapazitäten am Markt einzukaufen. Dieses Instrument wurde seit Dezember genutzt, um die Speicherstände zu stabilisieren. Im Dezember 2021 und Januar sowie Februar 2022 fanden LTO-Sonderausschreibungen. Alle Sonderausschreibungen zeigten Wirkung und führten zur beabsichtigten Sicherung von Gasmengen in den Speichern.

4. Bundesregierung finanziert LNG-Einkauf zur Einspeicherung

Zudem stockt die Bundesregierung die Gas-Vorräte selbst auf. Dazu hat sie Anfang März Trading Hub Europe, dem Marktgebietsverantwortlichen für Deutschland, finanzielle Mittel im Umfang von 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, um damit den Kauf von LNG zur Einspeicherung zu finanzieren. Die Beschaffung zusätzlicher Mengen am Markt dient ebenfalls der Vorsorge. Die Bundesregierung hatte den Haushaltsausschuss des Bundestages vergangene Woche entsprechend konsultiert.

5. Deutschland und Niederlande planen LNG-Terminal in Brunsbüttel

Um neue Importmöglichkeiten zu schaffen und die Unabhängigkeit von Russland überhaupt erreichen zu können, ist eine neue Infrastruktur nötig – perspektivisch für Wasserstoff, kurz- bis mittelfristig aber auch noch für Gas. Daher setzt die Bundesregierung auf eigene LNG-Anlandepunkte in Deutschland einschließlich der notwendigen Infrastrukturanbindung. Sie treibt die Errichtung voran. In diesem Zusammenhang wurde am 4. März 2022 von KfW, Gasunie und RWE ein Memorandum of Understanding zur gemeinsamen Errichtung eines Terminals für den Import von Flüssigerdgas (LNG) am Standort Brunsbüttel unterzeichnet. Das Terminal schafft mit einer jährlichen Regasifizierungskapazität von 8 Mrd. m³ eine direkte Möglichkeit, Erdgas für den deutschen Markt aus Regionen zu beziehen, die durch Gasleitungen nicht zu erreichen sind. Perspektivisch ist vorgesehen, das Terminal für den Import von grünen Wasserstoffderivaten wie Ammoniak umzurüsten.

6. Gasspeichergesetz

Dieser Winter hat gezeigt, dass der liberalisierte Gasmarkt in Deutschland noch nicht alle nötigen Instrumente der Vorsorge bereithält. Die Füllstände in den Speichern waren sehr niedrig, was die Verletzbarkeit erhöht. Die Bundesregierung wird daher in Zukunft sicherstellen, dass Gasspeicher in Zukunft immer ausreichend gefüllt sind. Dazu erarbeitet das BMWK derzeit ein Gesetz zur verpflichtenden Einspeicherung von Gas. Der Gesetzentwurf befindet sich aktuell in der Abstimmung. Ziel ist ein schnellstmögliches

Inkrafttreten, damit das Gesetz für den nächsten Winter seine Wirkung entfalten kann. Ziel einer solchen neuen Regulierung ist die Vorgabe von bestimmten Füllständen, die zu verschiedenen Zeitpunkten des Winters von den Marktakteuren eingehalten werden müssen.

7. Ölreserve

Bei Öl existiert mit dem Instrument der Ölreserve ein auf internationalen Vorgaben der Internationalen Energieagentur (IEA) basierendes Instrument zur Sicherung der Versorgung. Die Bundesregierung hat hier am 2. März einen kleinen Teil der Reserve freigegeben. Deutschland leistet hiermit seinen freiwilligen Beitrag im internationalen Verbund. Am 1. März 2022 hatten die Mitgliedstaaten der Internationalen Energie Agentur (IEA) in einer Sondersitzung beschlossen, dass international insgesamt Ölreserven im Umfang von 60 Mio. Barrel freigegeben werden sollen. Deutschland leistet einen Beitrag entsprechend dem deutschen Anteil am Erdölverbrauch der IEA-Länder von 5,4 Prozent, das entspricht rd. 435.000 Tonnen Öl. Insgesamt werden in der Ölreserve strategische Ölvorräten für 90 Tage vorgehalten. Hiermit könnte also für drei Monate ein vollständiger Ausfall aller Importe ausgeglichen werden.

8. Kohlekraftwerke – Nutzung vorhandener Instrumentarien (Sicherheitsbereitschaft) und Erzeugungskapazitäten sichern

Die Bundesregierung treibt den Ausstieg aus der Kohlestromproduktion bis 2030 weiter voran. Das ist notwendig, um die Unabhängigkeit von fossilen Energien zu erreichen und die Klimakrise zu bekämpfen. Gleichzeitig gilt, dass angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine Kohlekraftwerke als Back Up zur Verfügung stehen müssen. Bei Braunkohle gibt es bspw. die sogenannte Sicherheitsbereitschaft. Kraftwerke in der Sicherheitsbereitschaft befinden sich in der „Kaltreserve“, sind also abgeschaltet, sie können aber bei Bedarf aktiviert werden. In der Sicherheitsbereitschaft befinden sich Braunkohlekraftwerke in einem Umfang von 1,9 GW. Um den Gasverbrauch zu reduzieren und im kommenden Winter die Versorgungssicherheit sicherstellen zu können. Das BMWK prüft gerade, ob und inwiefern auch zur Stilllegung anstehende Kraftwerke in eine vorübergehende Reserve überführt werden können, damit sie im Notfall zur Verfügung stehen.

9. Kohlereserve - Vorrat an Steinkohle sichern

Der Anteil der Kohle aus Russland liegt bei rund 50 %. Diese Importkohle wird zur Verstromung in den Steinkohlekraftwerken eingesetzt. Hier existiert ein globaler Markt, der grundsätzlich liquide ist. Um unsere Abhängigkeit von Russland auch hier zu reduzieren, ist bei diesem Energieträger ebenfalls eine Diversifizierung der Lieferungen und eine Reduzierung der Importabhängigkeit erforderlich. Die Bundesregierung hat daher zusammen mit der Bundesnetzagentur einen Prozess aufgesetzt, um gemeinsam mit den Kraftwerksbetreibern die Beschaffung und Reservebildung bei Kohle voranzutreiben. Parallel ist eine Diversifizierung der Kohlelieferketten nötig, Betreiber und Ministerium sind im engen Austausch und treiben diese Diversifizierung voran. Die beste mittelfristige Antwort auf die Importabhängigkeit ist der Ausstieg aus der Kohle, der schrittweise bis 2030 erfolgt.

10. Gasverbrauch reduzieren

Neben der Reduzierung der Abhängigkeit und dem Ausbau der Erneuerbaren ist die Reduktion des Gasverbrauchs extrem wichtig. Das Bundeswirtschaftsministerium arbeitet an einer konsequenten Strategie für eine Reduktion des Gasverbrauchs, etwa über Heizungsoptimierung oder Gebäudedämmung, und die Umstellung der Wärmeversorgung, etwa über massive Investitionen in Wärmepumpen, Wärmenetze, Biomasse und Hybridsysteme. Es gilt zudem: In bestimmten Bereichen, wie zum Beispiel im Gebäudeneubau, hat fossiles Gas schon jetzt nichts mehr zu suchen.

11. Klärung von Fragen zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke

Das BMWK und das Bundesministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUV) haben gemeinsam geprüft, ob und inwiefern eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken zur Energiesicherheit beiträgt. Das Fazit ist, dass eine Verlängerung der Laufzeiten nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Lösung des Problems leisten könnte, und dies zu sehr hohen wirtschaftlichen Kosten. Im Ergebnis einer Abwägung von Nutzen und Risiken ist eine Laufzeitverlängerung der drei noch bestehenden Atomkraftwerke auch angesichts der aktuellen Gaskrise nicht zu empfehlen. Eine FAQ-Liste finden Sie [hier](#).